



COVID-19 – Newsletter 84

02.06.2021

Noch immer stehen aufgrund der aktuellen Situation drei Handlungsfelder im Bemühen der Städte und Gemeinden:

- *Aufrechterhaltung der notwendigen Infrastruktur*
- *Sicherstellung der internen Serviceleistungen*
- *Situationsadäquates Angebot an KundInnen-Service für die Bevölkerung*

Die weltweite Corona-Virus-Pandemie ist die größte Herausforderung seit vielen Jahrzehnten und bedarf zur ihrer Bewältigung die Bündelung aller Kräfte und einen entsprechenden Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

Der kommunalen Ebene kam und kommt eine zentrale Rolle im Kampf gegen die Ausbreitung der COVID-19 Pandemie zu. Lokale Verantwortlichkeit, Kenntnis der Bedingungen vor Ort und Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern waren und sind zentrale Erfolgsfaktoren der Pandemiebekämpfung.

Nun gilt es, auf den gewonnenen Erfahrungen aufzubauen und alles daran zu setzen, die kommunalen Leistungen im Sinne der Allgemeinheit bestmöglich auch in Krisenzeiten aufrecht zu erhalten. Fest steht: Städte und Gemeinden werden weiterhin einen entscheidenden Beitrag leisten – bürgernah, engagiert und verantwortungsvoll.

Abschließend möchten wir besonders Euch, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, für Euren Einsatz zum Wohle der Bevölkerung in ganz Österreich in dieser schwierigen Zeit herzlichst danken.

Jede Stadt und jede Gemeinde ist ein Teil der Lösung – gemeinsam schaffen wir es auch weiterhin.

Für tagesaktuelle Informationen möchten wir auf die online-Austauschplattform des Österreichischen Städtebundes verweisen (https://intrakommuna.at/net_home/Pages/Startseite).

Alle bisherigen Ausgaben des „COVID-19 Newsletters“ können unter folgendem Link nachgelesen werden:

https://www.staedtebund.gv.at/services/aktuelles/?no_cache=1

Redaktion: Dr. Johannes Schmid & Kevin Muik, LL.M.



Inhaltsverzeichnis

Aktuelle Ereignisse und Problemlagen.....	3
1. Aktuell im RIS	3
2. Parlament ebnet Weg für den Grünen Pass	6
3. Die weiteren Öffnungsschritte ab 10. Juni	7
4. Hohe Sterbezahlen dämpften 2020 Österreichs Bevölkerungswachstum	7
5. Finanzminister Blümel startet Debatte über Ausstieg aus Coronahilfen	8
6. Warnung vor gefälschtem „Grünen Pass“	8
7. Öffnungen ließen Arbeitslosenzahlen im Mai deutlich sinken.....	9
8. Kurzarbeitverlängerung auf kommende Woche verschoben	9
9. Nicht für alle Impfwilligen werden Erststich bis Ende Juni bekommen	10
10. Vorerst keine Änderung an Schulen.....	12
Aus den Bundesländern.....	13
1. Corona-Ampel - Österreich ist "gelb".....	13
2. Vorarlberg fährt Testangebot schrittweise zurück	13
Aus den Städten und Gemeinden	14
1. Schulen sollen im Sommer für Sportvereine öffnen	14
2. Bürgermeister Ludwig sieht konsequentes Testen als Voraussetzung für Öffnungen.....	14
3. Arbeiterkammer OÖ fordert weiteres kommunales Investitionspaket	14
Europa und International.....	16
1. OECD-Prognose: Österreich erholt sich besser als erwartet.....	16
2. Tschechien öffnet Grenzen für Touristen mit erster Impfung	16
3. Polen lockert die Beschränkungen weiter	16
4. Hasskriminalität in München während Pandemie gestiegen.....	17
5. Schweizerischer Städteverband - Erfahrungen aus dem Sozialdienst einer Kleinstadt	17



Aktuelle Ereignisse und Problemlagen

1. Aktuell im RIS

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **21. Mai 2021** herausgegeben:

[BGBl. II Nr. 225/2021](#)

Verlängerung des Zeitraums für Freistellungen nach § 735 Abs. 3 Allgemeines Sozialversicherungsgesetz und § 258 Abs. 3 Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz

[BGBl. II Nr. 226/2021](#)

Aufhebung der Verordnung über die vorübergehende Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den Binnengrenzen zu bestimmten Nachbarstaaten

[BGBl. II Nr. 227/2021](#)

Seilbahn Bauentwurfsverordnung – SeilBEV

[BGBl. II Nr. 228/2021](#)

Änderung der COVID-19-Einreiseverordnung

[BGBl. II Nr. 229/2021](#)

Änderung der COVID-19-Einreiseverordnung – COVID-19-EinreiseV und der Verordnung über das Landeverbot für Luftfahrzeuge aus Südafrika, Brasilien und Indien

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **25. Mai 2021** herausgegeben:

[BGBl. II Nr. 230/2021](#)

Änderung der Betriebsrats-Wahlordnung 1974, der Betriebsrats-Geschäftsordnung 1974 und der Bundeseinigungsamts-Geschäftsordnung

[BGBl. II Nr. 231/2021](#)

Änderung der Post-Betriebsverfassungs-Wahlordnung sowie der Post-Betriebsverfassungs-Geschäftsordnung

[BGBl. II Nr. 232/2021](#)

Änderung der Grundausbildungsverordnung BMLV - M BUO 2017

[BGBl. II Nr. 233/2021](#)

Änderung der Fremdenpolizeigesetz-Durchführungsverordnung

[BGBl. II Nr. 234/2021](#)

Änderung der Verordnung über Verbote und Beschränkungen teilfluorierter und vollfluorierter Kohlenwasserstoffe sowie von Schwefelhexafluorid

[BGBl. III Nr. 71/2021](#)

Änderung der zentralen Dienststelle gemäß Art. 11 des Abkommens über die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Schweizerischen Eidgenossenschaft

andererseits zur Bekämpfung von Betrug und sonstigen rechtswidrigen Handlungen, die ihre finanziellen Interessen beeinträchtigen

[BGBl. III Nr. 72/2021](#)

Geltungsbereich des Übereinkommens betreffend die Prüfung und Bezeichnung von Edelmetallgegenständen

[BGBl. III Nr. 73/2021](#)

Geltungsbereich des Übereinkommens über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen

[BGBl. III Nr. 74/2021](#)

Geltungsbereich des Übereinkommens über Maßnahmen zum Verbot und zur Verhütung der unzulässigen Einfuhr, Ausfuhr und Übereignung von Kulturgut

[BGBl. III Nr. 75/2021](#)

Geltungsbereich des Übereinkommens zur Errichtung der Internationalen EU-LAK-Stiftung

[BGBl. III Nr. 76/2021](#)

Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Senegal über die Rechtsstellung der Truppen



Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **26. Mai 2021** herausgegeben:

[BGBl. II Nr. 235/2021](#)

Planstellenbesetzungsverordnung 2021

[BGBl. III Nr. 77/2021](#)

Änderung der Anhänge I und II des Vertrags zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus zwischen dem Königreich Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Estland, Irland, der Hellenischen Republik, dem Königreich Spanien, der Französischen Republik, der Italienischen Republik, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, dem Großherzogtum Luxemburg, der Republik Malta, dem Königreich der Niederlande, der Republik Österreich, der Portugiesischen Republik, der Republik Slowenien, der Slowakischen Republik und der Republik Finnland

[BGBl. III Nr. 78/2021](#)

Änderung der Anhänge I und II des Vertrags zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus zwischen dem Königreich Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Estland, Irland, der Hellenischen Republik, dem Königreich Spanien, der

Französischen Republik, der Italienischen Republik, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, dem Großherzogtum Luxemburg, der Republik Malta, dem Königreich der Niederlande, der Republik Österreich, der Portugiesischen Republik, der Republik Slowenien, der Slowakischen Republik und der Republik Finnland

[BGBl. III Nr. 79/2021](#)

Änderung der Anhänge I und II des Vertrags zur Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus zwischen dem Königreich Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Estland, Irland, der Hellenischen Republik, dem Königreich Spanien, der Französischen Republik, der Italienischen Republik, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, dem Großherzogtum Luxemburg, der Republik Malta, dem Königreich der Niederlande, der Republik Österreich, der Portugiesischen Republik, der Republik Slowenien, der Slowakischen Republik und der Republik Finnland

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **27. Mai 2021** herausgegeben:

[BGBl. I Nr. 89/2021](#)

Änderung des Bundesfinanzrahmengesetzes 2021 bis 2024 und des Bundesfinanzgesetzes 2021

[BGBl. I Nr. 90/2021](#)

Änderung des Epidemiegesetzes 1950 und des COVID-19-Maßnahmengesetzes

[BGBl. I Nr. 91/2021](#)

Digitalisierungsfondsgesetz-Digi-FondsG

[BGBl. I Nr. 92/2021](#)

Änderung des Kunst-, Kultur- und Sportsicherungsgesetzes – KuKuSpoSiG

[BGBl. I Nr. 93/2021](#)

Änderung des Universitätsgesetzes 2002, des

Hochschul-Qualitätssicherungsgesetzes, des Hochschulgesetzes 2005, des Fachhochschulgesetzes und des Privathochschulgesetzes

[BGBl. II Nr. 236/2021](#)

Telekom-Zuordnungsverordnung 2021 – TK-ZV 2021

[BGBl. II Nr. 237/2021](#)

Änderung der Verordnung betreffend die Durchführung der Impfung gegen SARS-CoV-2 im niedergelassenen Bereich

[BGBl. III Nr. 80/2021](#)

Zusatzprotokoll von Nagoya/Kuala Lumpur über Haftung und Wiedergutmachung zum Protokoll von Cartagena über die biologische Sicherheit



Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **28. Mai 2021** herausgegeben:

[BGBl. I Nr. 94/2021](#)

Strafrechtliches EU-Anpassungsgesetz 2021 – StrEU-AG 2021

[BGBl. I Nr. 95/2021](#)

Änderung des Investitionsprämiengesetzes – InvPrG

[BGBl. I Nr. 96/2021](#)

Änderung des Bundesgesetzes, mit dem die Begründung von Vorbelastungen durch die Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort genehmigt wird

[BGBl. I Nr. 97/2021](#)

Beschaffung von und Verfügung über SARS-CoV-2-Antigentests zur Eigenanwendung im Rahmen der COVID-19-Öffnungsverordnung

[BGBl. I Nr. 98/2021](#)

Änderung des Bankwesengesetzes, des Börsegesetzes 2018, des Finalitätsgesetzes, des Finanzmarkt-

Geldwäsche-Gesetzes, des Sanierungs- und Abwicklungsgesetzes, des Wertpapieraufsichtsgesetzes 2018 und des Zentrale Gegenparteien-Vollzugsgesetzes

[BGBl. I Nr. 99/2021](#)

Änderung des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes, des Gewerblichen Sozialversicherungsgesetzes, des Bauern-Sozialversicherungsgesetzes und des Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetzes

[BGBl. I Nr. 100/2021](#)

Änderung des Epidemiegesetzes 1950 und des COVID-19-Maßnahmengesetzes

[BGBl. II Nr. 238/2021](#)

Verlängerung der Dienstfreistellung wegen Zugehörigkeit zur COVID-19-Risikogruppe nach § 12k Gehaltsgesetz 1956 und § 29p Vertragsbedienstetengesetz 1948

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **31. Mai 2021** herausgegeben:

[BGBl. II Nr. 239/2021](#)

Erlassung eines Heimarbeitsarifs für das Kuvertieren, Adressieren, Adjustieren oder Verpacken von Waren durch Heimarbeiterinnen und Heimarbeiter

[BGBl. II Nr. 240/2021](#)

Änderung der COVID-19-Einreiseverordnung

Folgende Bundesgesetzblätter wurden am **1. Juni 2021** herausgegeben:

[BGBl. II Nr. 241/2021](#)

Verfügung eines Fahrverbotes für Lastkraftfahrzeuge auf der A 12 Inntalautobahn und A 13 Brennerautobahn am 2. Juni 2021

[BGBl. II Nr. 242/2021](#)

3. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung



2. Parlament ebnet Weg für den Grünen Pass

Mit den Stimmen der beiden Koalitionsparteien ÖVP und Grüne sowie der SPÖ und der NEOS haben der Nationalrat sowie der Bundesrat im Rahmen von Sondersitzungen die Grundlagen für die zweite Phase zur Einrichtung des sogenannten Grünen Passes in die Wege geleitet. Der Grüne Pass soll entweder mittels QR-Code oder als PDF-Dokument den Nachweis liefern, ob jemand geimpft, getestet oder genesen ist. Es handelt sich dabei um die österreichische Version, die mit jener der EU kompatibel sein wird. Der digitale grüne Pass der EU soll dann am 1. Juli kommen und das Reisen innerhalb der EU erleichtern.

Die beschlossene Novelle zum Epidemie- und COVID-19-Maßnahmengesetz konkretisiert unter anderem die schon im Rahmen der letzten Novelle festgelegten rechtlichen Voraussetzungen für den digitalen Einsatz der Nachweise für Geimpfte, Genesene und Getestete. Alle drei Zertifikate, die mit einem individuellen QR-Code versehen werden, werden sowohl in digitaler als auch in ausgedruckter Form als Eintrittstests für Gastronomie, Beherbergungsbetriebe, Theater etc. anerkannt. Die Regelungen stehen in engem Zusammenhang mit dem auf EU-Ebene geplanten "digitalen COVID-19-Zertifikat", auf das sich das Europäische Parlament und der Rat erst vor Kurzem geeinigt haben.

Zum Zweck der Ausstellung und Bereitstellung der Zertifikate auf nationaler Ebene hat der Gesundheitsminister ein elektronisches Service (EPI-Service) einzurichten, das auch mit den inhaltlichen und technischen Vorgaben der EU kompatibel sein soll.

Das Gesetz listet im Abschnitt "Zertifikate im Zusammenhang mit SARS-CoV-2" detailliert auf, welche Daten in den einzelnen Nachweisen enthalten sein müssen – wie z. B. Name, Geburtsdatum, Art der Tests, Impfstoff etc. Die Gültigkeitsdauer der Test-, Genesungs- und Impfzertifikate wird nicht im Gesetz selbst, sondern im Verordnungsweg festgelegt, um auf aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse rascher reagieren zu können. Die BürgerInnen können "wohnortnah" entweder über das ELGA-Portal auf ihre Nachweise zugreifen oder sich die jeweiligen Zertifikate bei Gemeinden, Bezirksverwaltungsbehörden, ÄrztInnen, Apotheken, Impfstellen oder der ELGA-Ombudsstelle ausdrucken lassen. Die Aus- und Bereitstellung EU-konformer Zertifikate erfolgt kostenlos.

Durch eine Zusammenführung verschiedener Gesundheitsdaten soll dem Gesundheitsminister die epidemiologische Überwachung sowie das Monitoring der Wirksamkeit der Maßnahmen fallbezogen ermöglicht werden. Der Ressortchef kann daher die im zentralen Impfregister gespeicherten Daten über COVID-19-Impfungen von der ELGA GmbH anfordern und sie mit dem Register für anzeigepflichtige Krankheiten verknüpfen. Zweck dieser Bestimmung sei die Verbesserung des Krisenmanagements, weil dadurch etwa die Registrierung von Impfdurchbrüchen (Erkrankung trotz Impfung) oder von Clustern ermittelt und die Kontaktpersonennachverfolgung erleichtert werden können. Die Daten sind zudem auf Anfrage in das Statistik-Register überzuführen, was insbesondere der Forschung dienen soll. Das Gesetz fixiert ferner ein Übermittlungs- und Verarbeitungsgebot für die Daten.

Mehr dazu: https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2021/PKO624/index.shtml

Start des Grünen Passes verzögert sich um mindestens eine Woche

Wie in weiterer Folge bekannt wurde, wird sich der für den 4. Juni (Freitag) angekündigte elektronische Grüne Pass mittels QR-Code um mindestens eine Woche verzögern. Das teilte das Gesundheitsministerium am Montag mit. Als Grund dafür werden kurzfristig durch die EU bekannt gegebene Änderungen der technischen Anforderungen genannt, die IT-Anpassungen in Österreich nötig machen. Damit werden die Österreicher ihre 3-Gs - getestet, genesen oder geimpft - vorerst weiter in Papierform nachweisen müssen. Der Ausdruck von Impfzertifikaten wird laut Information des Gesundheitsministeriums – wie auch die „Green-Check“-Anwendungen – überhaupt erst ab 18. Juni möglich sein. An Städte und Gemeinden soll noch ein offizielles Informationsschreiben inkl. eines konkreten Zeitplanes ergehen. Zudem soll es ein Handbuch für die ausstellenden Stellen der Zertifikate geben.



3. Die weiteren Öffnungsschritte ab 10. Juni

Am vergangenen Freitag kündigten VertreterInnen der Bundesregierung, infolge von Beratungen, die neuen Öffnungsschritte ab 10. Juni an. Ab diesem Zeitpunkt soll demnach folgendes gelten:

- **Gastronomieplätze:** Hier werden in Innenräumen von Lokalen maximal acht statt bisher vier Personen (plus Kinder) an einem Tisch Platz nehmen können. Outdoor wird die Personenanzahl von zehn auf 16 erhöht werden. Diese Regel soll generell für Treffen und Zusammenkünfte gelten. Bei diesen Personenzahlen sind dann auch keine Abstandsregeln und Masken mehr notwendig.
- **Sperrstunde:** Die Sperrstunde wird wie erwartet von 22 auf 24 Uhr ausgeweitet. Dass das bereits am 10. und nicht erst am 17. Juni – wie vom Kanzler ursprünglich avisiert – umgesetzt wird, ist wohl nicht zuletzt der Fußball-EM ab 11. Juni zu verdanken. Fußballfans bei Public-Viewing-Veranstaltungen oder beim Wirt hätten sonst in der ersten EM-Woche die Abendpartien nicht zu Ende sehen können.
- **Masken** Die Maskenpflicht im Freien – diese gilt aktuell zum Beispiel, wenn der Zwei-Meter-Abstand nicht eingehalten werden kann – fällt.
- **Busreisen** werden wieder vollständig möglich sein, was besonders Seniorinnen und Senioren freuen werde, sagte Kurz.
- **Quadratmeterregel:** Wirtschaftskammer und Handelsvertreter haben sich in den letzten Tagen dafür starkgemacht, dass im Handel die Quadratmeterregel deutlich gelockert wird. Bisher mussten im Handel pro Person 20 Quadratmeter zur Verfügung stehen. Die Regierung hat sich nun auf eine Halbierung geeinigt. Von der Reduzierung auf zehn Quadratmeter pro Person profitieren auch der Sport- und der Freizeitbereich sowie die Museen.
- **Amateurproben:** Bei Musik- und Chorproben oder ähnlichen Veranstaltungen im Vereinsbereich wird es unter Einhaltung der Drei-G-Regel (geimpft, getestet oder genesen) keine Beschränkung bezüglich der verfügbaren Quadratmeter pro Person mehr geben.
- **Einreise:** Hier gilt die Drei-G-Regel. Eine Quarantänepflicht gibt es analog zur Länderliste des Robert-Koch-Instituts, das für die deutsche Bundesregierung die Corona-Situation analysiert und bewertet. Eine sogenannte Pre-Travel-Clearance, also eine Registrierung, ist nur mehr bei Hochinzidenz- und Virusvarianten-Gebieten notwendig.
- **Veranstaltungen:** Statt nur der Hälfte der Sitzplätze dürfen 75 Prozent besetzt werden.

Quelle: <https://www.derstandard.at/story/2000126978141/geschaefte-duerfen-ab-10-juni-wieder-mehr-kunden-einlassen>

4. Hohe Sterbezahlen dämpften 2020 Österreichs Bevölkerungswachstum

Am 1. Jänner 2021 lebten laut den nunmehr endgültig vorliegenden Ergebnissen der Statistik Austria 8.932.664 Menschen in Österreich, um 31.600 Personen (plus 0,36 Prozent) mehr als zu Jahresbeginn 2020. Damit verzeichnete Österreich eine etwas geringere Bevölkerungszunahme als im Jahr zuvor (2019: plus 0,48 Prozent). Das Wachstum ging dabei ausschließlich auf die Zuwanderung zurück, da etwas weniger Geburten aber vor allem einen starken Anstieg bei den Sterbefällen gab.

"Das Bevölkerungsplus fiel 2020 etwas geringer aus als im Jahr zuvor und ging ausschließlich auf internationale Zuwanderung zurück: Im Jahr 2020 wanderten 40.064 Menschen mehr aus dem Ausland zu als ab. Die Geburtenbilanz fiel hingegen aufgrund des starken Anstiegs der Sterbefälle mit einem Minus von 7.996 Personen negativ aus und dämpfte das gesamte Bevölkerungswachstum deutlich", analysierte Statistik-Austria-Generaldirektor Tobias Thomas die vorliegenden Daten.



Im Jahr 2020 - damals begann die Coronavirus-Pandemie - starben 91.599 Personen, das sind um 8.213 (9,8 Prozent) mehr als im Jahr davor. Am deutlichsten waren die Anstiege in der Steiermark (plus 13,9 Prozent), in Kärnten (plus 13,1 Prozent), in Vorarlberg (plus 11,0 Prozent), in Wien (plus 10,8 Prozent) und in Salzburg (plus 9,8 Prozent). In den übrigen Bundesländern lagen die Zuwächse der Sterbezahlen jeweils unter dem Bundesdurchschnitt: Oberösterreich (plus 9,1 Prozent), Tirol (plus 8,8 Prozent), Niederösterreich (plus 6,8 Prozent) und Burgenland (plus 4,0 Prozent). Zeitgleich ging die Zahl der Geburten um 1.349 Kinder bzw. um 1,6 Prozent im Vergleich zum Jahr davon zurück. Insgesamt kamen 2020 in Österreich 83.603 Kinder auf die Welt. Nur ein einziges Bundesland, nämlich Kärnten, verzeichnete mehr Babys (plus 1,7 Prozent). In allen anderen Bundesländern gab es weniger Geburten: Burgenland (minus 5,9 Prozent), Wien (minus 3,9 Prozent), Vorarlberg (minus 2,5 Prozent), Oberösterreich (minus 2 Prozent), Salzburg (minus 0,4 Prozent), die Steiermark und Niederösterreich (jeweils minus 0,3 Prozent) sowie Tirol (minus 0,1 Prozent).

Ein interessantes Detail: Laut Statistik Austria gab es ähnlich negative Geburtenbilanzen zuletzt Ende der 1970er-Jahre. Damals trafen niedrige Kinderzahlen der geburtenschwachen Jahrgänge 1945 bis 1955 auf erhöhte Sterbezahlen der geburtenstarken Generation um 1900-Geborener.

5. Finanzminister Blümel startet Debatte über Ausstieg aus Coronahilfen

Ende Juni laufen einige Coronahilfen aus. Nur ein Teil davon werde verlängert, erinnerte Finanzminister Gernot Blümel am Wochenende. Einige Branchen wiesen umgehend darauf hin, dass sich in ihrem Geschäft noch bei weitem keine Normalität eingestellt habe. Blümel ließ vorerst offen, welche Hilfen weitergehen - und in welcher Form. Förderungen dürften aber nicht das Wachstum der Wirtschaft bremsen, sagte der Finanzminister.

Bisher ist von Blümel angekündigt, dass Steuerstundungen Ende Juni nicht mehr verlängert werden. Allerdings müssen die gestundeten Beträge nicht sofort in voller Höhe zurückgezahlt werden. In den ersten drei Monaten sollen in einer "Safety-Car"-Phase nur 0,5 oder 1 Prozent des gesamten Betrags fällig gestellt werden, danach sind Ratenzahlungen möglich.

Die kostenintensivste Maßnahme war bisher die Kurzarbeit. Diese wird zwar verlängert, aber in abgespeckter Form. Gespräche mit den Sozialpartnern laufen dazu, eine Einigung war bis Ende Mai in Aussicht gestellt - damit die Unternehmen rechtzeitig wissen, wie es ab Juli mit der Kurzarbeit weitergeht.

Ende Juni laufen auch andere Maßnahmen aus, etwa der Fixkostenzuschuss 800.000, Garantien, Ausfallsbonus, Härtefallfonds. Wie es mit diesen weitergeht ist noch offen.

6. Warnung vor gefälschtem „Grünen Pass“

Die bevorstehende Einführung des „Grünen Passes“ lockt auch Kriminelle an. Watchlist Internet warnt vor einer App, über die ein QR-Code als Zutrittsberechtigung zu Gastronomie und körpernahen Dienstleistungen angeboten wird. Über diesen „Corona Green Pass Austria“ würden jedoch nur personenbezogene Daten abgegriffen. Nutzer der App könnten sich sogar strafbar machen.

In Österreich wird bald der „Grüne Pass“ eingeführt, der den Zugang zu Gastronomie, Friseur und anderen körpernahen Dienstleistungen erleichtern soll. Verfügbar ist der „Grüne Pass“ erst Anfang Juni, doch Kriminelle verbreiten bereits jetzt eine „Variante“ des „Grünen Passes“.

App-Betreiber bleiben im Dunkeln

Nachweise darüber, ob jemand gegen das Coronavirus geimpft, genesen oder getestet ist, sollen mit dem „Grünen Pass“ einfach zugänglich gemacht werden. Das gleiche verspricht auch der „Corona Green Pass Austria“ von trueaustrian, der derzeit über Soziale Medien und WhatsApp verbreitet wird.

Watchlist Internet konnte nicht herausfinden, von wem „diese unseriöse App“ betrieben wird. Wer den in der Werbung angegebenen Link öffnet, werde zunächst auf einer Webseite angewiesen, eine Software zu installieren. Dafür müsse man im Menü des Browsers auf „zum Startbildschirm hinzufügen“ tippen.



Personenbezogene Daten werden abgefischt

Tatsächlich findet sich anschließend eine App am Startbildschirm, die über den Browser geöffnet werden kann. Dort können Nutzerinnen und Nutzer in einem nächsten Schritt ihren Namen, ihre Sozialversicherungsnummer sowie Angaben zu einer Impfung, einem Test oder einer Genesung machen. Anschließend erhalten sie einen QR-Code, der ihnen Zutritt zu Gastronomie, Freizeiteinrichtungen und körpernahen Dienstleistungen verschaffen soll.

QR-Code trotz ungültiger Angaben

Watchlist Internet testete die App und erhielt einen gültigen QR-Code, obwohl weder der eingegebene Name (X Y) noch die Sozialversicherungsnummer (1) Sinn machten. Trotzdem zeigte die App an, dass der Nutzer an Covid-19 erkrankt und nun genesen sei. Da die App also nicht richtig zu funktionieren scheint, geht Watchlist Internet davon aus, dass personenbezogene Daten wie die Sozialversicherungsnummer gestohlen werden.

Verwendung ist strafbar

Wer die App trotzdem nutzt, um sich Zutritt zu Gastronomie- und Freizeiteinrichtungen zu verschaffen, mache sich strafbar. Bei Impf-, Test- oder Genesungsnachweisen handelt es sich um offizielle Bescheide, die nicht gefälscht werden dürfen. Urkundenfälschung ist mit Geldstrafen von mehreren Tausend Euro bzw. einer Haftstrafe von bis zu einem Jahr verbunden.

Betrug mit QR-Code schwer erkennbar

Für Dienstleister, die den generierten QR-Code scannen, sei der Betrug nicht auf den ersten Blick erkennbar. Die App anonymisiert Vor- und Nachname, auch wenn die Daten richtig angegeben wurden, statt der Sozialversicherungsnummer wird außerdem nur ein Teil des Geburtsjahres angezeigt. So ähnlich ist es auch bei offiziellen Testbestätigungen.

Offizielle Testbestätigungen werden aber auf einer Website mit einer gv.at-Adresse veröffentlicht (z.B. qr.gv.at). Gastronominnen und körpernahe Dienstleister sollten daher einen genauen Blick auf die Nachweise werfen, rät Watchlist Internet.

Mehr dazu: <https://help.orf.at/stories/3206797/>

7. Öffnungen ließen Arbeitslosenzahlen im Mai deutlich sinken

Die Arbeitslosigkeit ist im Mai weiter gesunken. Mit 392.360 arbeitslos gemeldeten bzw. in Schulung befindlichen Personen wurde Ende Mai die 400.000er-Grenze unterschritten. Am Höchststand der Coronapandemie, im April 2020, waren fast 600.000 Menschen auf Arbeitssuche. Doch verglichen mit dem Stand von 2019, also vor der Krise, waren im Mai noch rund 49.000 Personen mehr auf Jobsuche als damals. Im Jänner 2021 waren es allerdings noch um rund 110.000 Personen mehr als 2019.

In den nächsten Wochen erwartet der Arbeitsminister noch einen leichten Rückgang der Arbeitslosenzahlen und dann eine Stagnation, weil es Effekte durch das Zurückfahren der Corona-Kurzarbeit geben werde. Ende Mai waren noch rund 330.000 Personen zur Kurzarbeit angemeldet. Diese Zahl könne man aber erst im Nachhinein beurteilen, weil viele Betriebe im Bereich Tourismus, Gastronomie sowie Kultur- und Veranstaltungswesen die Mitarbeiter aus Vorsicht zur Kurzarbeit angemeldet hätten, so der Arbeitsminister. Kocher rechnet damit, dass die Zahl der Kurzarbeitenden bis Ende des Sommers auf 100.000 bis 120.000 fallen wird. Bisher hat das Arbeitsmarktservice (AMS) rund 11 Mrd. Euro an Corona-Kurzarbeitshilfen zugesagt und davon über 7,9 Mrd. Euro ausbezahlt.

8. Kurzarbeitverlängerung auf kommende Woche verschoben

Sozialpartner und Arbeitsminister Martin Kocher haben sich heute noch nicht auf eine Neufassung der Kurzarbeit ab Juli einigen können. Anfang kommender Woche werde es eine Fortsetzung der Gespräche geben, teilte das Arbeitsministerium am Dienstagabend mit. Man habe sich aber schon angenähert. Absehbar sei, dass es zwei Varianten geben wird - eine für jetzt noch von der Pandemie gebeutelte Firmen und eine andere, längerfristig gültige für allgemeine Krisensituationen.



Die aktuelle vierte Phase der sehr großzügigen Corona-Kurzarbeit läuft Ende Juni aus. Für Unternehmen, die weiter von der Pandemie und ihren Folgen getroffen sind - etwa Nachtgastronomie, Luftfahrt oder die Stadthotellerie, wird es weiter eine großzügige Lösung geben, das aber nicht mehr sehr lange.

Längerfristig gültig wird die zweite Variante der Kurzarbeit sein, deren Details noch ausgehandelt werden. Hier sind die Laufzeit und der von den begünstigten Unternehmen verlangte Selbstbehalt noch in Diskussion.

Nach dreimaliger Verlängerung der Corona-Kurzarbeit ohne tiefgreifende Änderungen will Kocher nun eine Kostenbeteiligung für Unternehmen einführen. Weiters ist anvisiert die Mindestarbeitszeit zu erhöhen, stärkere Anreize für Weiterbildung während der Kurzarbeit zu setzen und die wirtschaftlichen Gründe für Kurzarbeit strenger zu überprüfen.

Unternehmen können die Corona-Kurzarbeit seit März 2020 in Anspruch nehmen. In Kurzarbeit befindliche Arbeitskräfte erhalten zwischen 80 und 90 Prozent vom vor der Kurzarbeit bezogenen Nettoentgelt. Der Arbeitszeitausfall je Beschäftigten muss in der Covid-19-Kurzarbeit Phase 4 mindestens 20 Prozent und maximal 70 Prozent (in Ausnahmefällen 90 Prozent) betragen.

9. Nicht für alle Impfwilligen werden Erststich bis Ende Juni bekommen

Anfang April hat Bundeskanzler Sebastian Kurz versichert, dass alle impfwilligen Österreicher bis Ende Juni die Erstimpfung erhalten sollen. Das wird sich in den meisten Bundesländern nicht ausgehen, ergab ein Rundruf der APA. In Ober- und Niederösterreich sowie Vorarlberg sind die Impfungen bereits für alle Altersgruppen offen. Einzig Niederösterreich und Salzburg versichern, dass alle bereits angemeldeten Personen bis Ende Juni die erste Immunisierung erhalten sollen.

Gesundheitsminister Wolfgang Mückstein und Bundeskanzler Sebastian Kurz freuten sich in einer gemeinsamen Aussendung am Dienstag über die steigende Impfbereitschaft und sahen darin den Grund, warum sich nicht alle Erstimpfungen bis Ende Juni ausgehen. "Bis Ende Juni werden wie geplant fünf Millionen Erstimpfungen durchgeführt", betonten sie. Infolge der Möglichkeit, auch Zwölf- bis 15-Jährige und Schwangere zu impfen, sowie der steigenden Impfbereitschaft rechnet die Bundesregierung nun mit über 500.000 Menschen mehr, die sich impfen lassen wollen. Für das zweite Quartal sei man noch von einer Impfbereitschaft von fünf Millionen Menschen ausgegangen. "Für die im Juli zusätzlich zu Impfbereiten ist ausreichend Impfstoff vorhanden. Jeder der will, wird also eine Impfung erhalten", bekräftigten Mückstein und Kurz nunmehr mit Blick auf Juli.

Derzeit werden wieder mehr Zweitimpfungen fällig, womit weniger Impfstoff für Erstimpfungen bleibt. Dies war schon vorige Woche deutlich spürbar. Denn während seit Mitte Februar stets deutlich mehr Erstimpfungen durchgeführt wurden, hielten sich die Erst- und die Zweitimpfungen nun fast wieder die Waage. Von insgesamt fast 470.000 Impfungen waren vorige Woche gut 223.000 Zweitstiche.

Durchschnittlich haben die Bundesländer vorige Woche gut 35.000 Erstimpfungen pro Tag verabreicht (inklusive Johnson & Johnson). Das ist deutlich weniger als die im Mai bisher gezählten 40.000 bis 50.000 Erstimpfungen pro Tag. Sollte es in diesem, vergleichsweise langsamen, Tempo weitergehen, wäre bis Ende Juni nur etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung geimpft.

Für die Stadt **Wien** betonte ein Sprecher des Wiener Gesundheitsstadtrats Peter Hacker auf APA-Anfrage, dass nicht davon auszugehen sei, dass alle Personen, die dies möchten, mit Ende Juni den ersten Stich erhalten. Das liege auch daran, dass deren Zahl schwer abschätzbar sei, hieß es. Es gebe keine Kennzahl dazu, wie viele Menschen sich impfen lassen wollen. Ziehe man etwa die Anzahl der Vormerkungen in der Anmeldeplattform heran, verändere sich diese ständig. "Jeden Tag kommen 10.000 neue Vormerkungen dazu." Das Ziel sei jedenfalls, mit Ende Juni bis zu 60 Prozent der Bevölkerung geimpft zu haben. Mitte Juli wird - je nach Verfügbarkeit der Vakzine - mit 70 Prozent gerechnet, 80 Prozent sollen es dann im Lauf des August sein. Da würde dann auch von den Kindern ab zwölf Jahren schon ein sehr großer Teil mit dabei sein, hieß es. Vorerst wird in Wien jedenfalls weiterhin priorisiert - also nach Alter bzw. nach Risiko- und Berufsgruppe. Eine sofortige Freigabe der Termine für alle sei derzeit nicht geplant. Wann es so weit sein werde, können man noch nicht sagen, betonte der Sprecher.



In **Niederösterreich** sollen nach Angaben von LHStv. Stephan Pernkopf und Gesundheitslandesrätin Ulrike Königsberger-Ludwig bis Ende Juni alle Personen, die sich für die Corona-Schutzimpfung angemeldet haben, den ersten Stich erhalten. Die Termine waren im Bundesland vom 10. Mai an für alle Menschen ab 16 Jahren verfügbar.

In **Salzburg** sollen bis Ende Juni all jene Impfwilligen den ersten Stich erhalten haben, die sich bis 26. Mai dazu angemeldet haben. Wer sich erst danach für die Impfung entschieden hat bzw. entscheiden wird, kommt dann ab Juli an die Reihe, sagte Gesundheitsreferent LHStv. Christian Stöckl. Da sich wohl auch danach immer wieder noch Menschen zur Immunisierung entschließen werden, sei ein abschließendes Datum nicht zu nennen. Seit heute können sich alle Salzburgerinnen und Salzburger ab zwölf Jahren zur Impfung anmelden. Für den Sommer sind Schwerpunktaktionen für die Zwölf- bis 20-Jährigen geplant, um einen sicheren Start in den Herbst an den Schulen und Universitäten zu ermöglichen.

In **Oberösterreich** sind die Impfungen seit 29. Mai für alle offen, es gibt keine Priorisierungen mehr. Zurzeit gibt es Impfangebote bis zur Woche vom 19. bis 25. Juli. Mit diesem Angebot sollte der Bedarf an Impfterminen derzeit - für die Anmeldungen ab 29. Mai - abgedeckt sein, hieß es aus dem Krisenstab. Durch zusätzliche Impfstoff-Kontingente des Bundes könnte man das beschleunigen und ein möglichst hohes Tempo bei der Durchimpfung gewährleisten. "Die Säulen der oberösterreichischen Impfstruktur sind gut eingespielt und auf rund 180.000 Schutzimpfungen pro Woche ausgelegt. Sobald wir vom Bund ausreichend Impfstoff erhalten, können wir dieses Ziel auch erreichen", so LHStv Gesundheitslandesrätin Christine Haberlander.

In **Vorarlberg** wurde die Impfpriorisierung nach Alter, Risiko oder Berufsgruppen schon vor drei Wochen aufgehoben. An einem Wochenende wurden 40.000 Impftermine verschickt. Auch aktuell wird seitens des Landes betont: "Vorarlberg wird all jenen, die sich auf der Plattform registriert haben, bis Ende Juni eine Einladung für einen Impftermin geschickt haben." Von knapp 349.000 Impfberechtigten sind in Vorarlberg bisher knapp 173.000 Personen geimpft worden, über 71.000 davon sind vollimmunisiert. Am Montag lagen rund 233.000 Vormerkungen (inklusive der Geimpften) vor.

In der **Steiermark** sind in der vergangenen Woche rund 140.000 Impftermine für die erste Dosis an all jene vergeben worden, die bis vor einer Woche beim Land Steiermark angemeldet waren. Sie haben je nach Alter Termine bis zum 7. Juli erhalten. Diese Impfwilligen können ihre Termine im Notfall verschieben oder stornieren, falls sie schon wo anders eine Immunisierung erhalten haben. Die dadurch frei gewordenen Dosen werden dann je nach Alter an jene vergeben, die sich seit Dienstag vergangener Woche neu angemeldet haben oder sich erst in den kommenden Tagen oder Wochen anmelden. Eine völlig frei wählbare Buchung von Terminen wird erst dann möglich sein, wenn Vakzine nicht mehr in begrenzten Tranchen ankommen, sondern in ausreichender Menge lagernd seien, hieß es seitens des Landes Steiermark.

Im **Burgenland** werde es sich "eher nicht" ausgehen, dass bis Ende Juni alle Impfwilligen die erste Impfung erhalten haben, hieß es vonseiten des Koordinationsstabs Coronavirus. Dafür würden die vorhandenen Impfstoffmengen nicht ausreichen. Derzeit gehe man davon aus, dass bis Mitte Juli jeder, der vorgemerkt ist, auch geimpft werden kann. Die Termine werden laut Koordinationsstab kurz davor freigeschaltet. Eine Freischaltung für alle werde es bis dahin nicht geben.

In **Kärnten** kommen regelmäßig neue Anmeldungen auf der Impfplattform hinzu, sodass stets in etwa 50.000 Personen auf eine Impfung warten. "Es gibt nach wie vor mehr Impfwillige als Impfstoff", sagte Gerd Kurath vom Landespressedienst am Montag in einer Videokonferenz mit Journalisten. Eingeladen und geplant werde weiter von Woche zu Woche, da sich die Rahmenbedingungen ja immer wieder ändern. Dabei nimmt die Impfwilligkeit in der Bevölkerung stetig zu. Ging man zunächst von 40 bis 50 Prozent aus, liege man inzwischen bereits bei 60 Prozent, so Kurath. Bei der Vergabe von Impfterminen wird in Kärnten nur mehr nach Alter gereiht. Wann jüngere Altersgruppen Termine bekommen oder wann alle Impfwilligen ihren ersten Stich erhalten haben werden, lasse sich nicht seriös beantworten, viele Parameter seien unklar. Außerdem: "Es sind jetzt sehr viele Zweitimpfungen zu machen, da müssen die Erstimpfungen leider warten."



Auch das Land **Tirol** wollte sich gegenüber der APA nicht genau festlegen, bis wann alle Impfwilligen ihre erste Dosis erhalten werden. Nachdem man bei den gelieferten Impfstoffmengen vom Bund abhängig sei, werde "von Woche zu Woche" geplant. "Ziel ist es, allen impfwilligen Personen ehestmöglich ein Impfangebot zu machen", hieß es. Seit Freitag sind im Bundesland außerdem die Impfungen für alle unter 50 Jahren freigeschaltet. Die Priorisierungen werden allerdings nicht zur Gänze aufgegeben. "Das Credo lautet weiterhin: Alt vor Jung, Personen mit hohem Risiko vor Personen mit geringem Risiko", sagte Gesundheitslandesrätin Annette Leja

10. Vorerst keine Änderung an Schulen

Die Zulassung des Impfstoffs von Biontech/Pfizer ab zwölf Jahren bringt vorerst keine Änderung der Regeln an den Schulen. Das gilt auch nach eventuellen, vor dem Sommer erfolgenden Impfungen von Schülern, hieß es aus dem Bildungsministerium auf APA-Anfrage. Wie es im Herbst aussehen wird, wird noch geklärt. Bildungsminister Heinz Faßmann empfiehlt jedenfalls eine Impfung, weil sie dauerhaften Präsenzunterricht ermögliche. Auch an den Schulen soll geimpft werden.

Derzeit sind erst wenige SchülerInnen geimpft, in Frage kamen bisher ja nur Jugendliche ab 16 Jahren. Immunisiert sein können aber schon etwa SchülerInnen ab diesem Alter, die mit Risikopatienten im gleichen Haushalt leben oder Berufsschüler, die in ihren Lehrbetrieben mitgeimpft wurden. Gleiches gilt auch für Jugendliche an Schulen für Gesundheitsberufe, wo es im Rahmen der Ausbildung zu PatientInnenkontakten kommen kann. Genaue Zahlen dazu gibt es aber nicht.

Derzeit haben geimpfte SchülerInnen gegenüber ihren Klassenkameraden vor allem einen Vorteil: Sie müssen sich für eine Teilnahme am Unterricht nicht dreimal pro Woche dem Nasenbohrer-Test unterziehen, seit der Vorwoche ist die 3G-Regel in Kraft. Ansonsten gelten für Geimpfte in der Schule die gleichen Regeln wie für ungeimpfte SchülerInnen - sie müssen also etwa auch eine Maske tragen.

Faßmann empfiehlt deutlich eine Teilnahme an der Impfkation. "Die Impfung ist eine Option und zugleich die wichtigste Maßnahme, die Verbreitung des Virus zu verhindern. Impfen bedeutet Schutz vor einer Erkrankung und die Verhinderung der Ansteckung."

Die Impfung soll in den kommenden Wochen über die Impfkationen der Bundesländer angeboten und in den Impfstraßen oder bei Ärzten erhältlich sein. "Für alle, die im Sommer keine Möglichkeit haben werden, sich impfen zu lassen, bereiten wir gemeinsam mit dem Gesundheitsministerium Impfkationen an den Schulen ab dem Schulbeginn vor", betonte Faßmann. Größere Schulen würden zu Impfzentren, in denen sich auch SchülerInnen aus dem Umkreis impfen lassen können. Zusätzlich würden mobile Teams unterwegs sein, die kleinere Schulen anfahren und die Impfung vor Ort durchführen.



Aus den Bundesländern

1. Corona-Ampel - Österreich ist "gelb"

Österreich ist in der Coronakrise in die gelbe Phase eingetreten. Die Ampel-Kommission reihte den Gesamtstaat nämlich vergangene Woche in die Kategorie "mittleres Risiko" ein. Nur für Tirol und Vorarlberg wird noch hohes Risiko, also orange festgestellt. Eingeführt wurde eine neue Farbe, nämlich gelbgrün für geringes Risiko. In dieser Zone befindet sich derzeit nur das Burgenland. Gelb sind die übrigen Länder von Wien bis Salzburg.

Dass das Burgenland nicht schon ganz grün ist, liegt an einer neuen Kategorie, die eingezogen wurde - sehr geringes Verbreitungsrisiko, die vorerst kein Bundesland erreicht. Bei dieser ist eine extrem niedrige Inzidenz vorgesehen.

Erstmals seit vielen Monaten befand sich in der abgelaufenen Woche kein Bundesland mehr in der roten Zone, die bei 100 Neuinfektionen auf 100.000 EinwohnerInnen beginnt. Auch Vorarlberg ist mittlerweile mit einer Inzidenz von gut 75 deutlich unter diese Marke gefallen.

Für mittleres Risiko braucht es eine Inzidenz von unter 50. In dieser Woche haben dieses Kriterium bereits alle Bundesländer außer Vorarlberg, Tirol und Oberösterreich erfüllt und das sowohl in absoluten Zahlen als auch bei der risiko-adjustierten Inzidenz, die auch Faktoren wie Alter der Erkrankten einbezieht. Bei letzterer gehört auch Oberösterreich zur gelben Gruppe.

2. Vorarlberg fährt Testangebot schrittweise zurück

Die Testangebote in den Vorarlberger Landes-, Gemeinde- und Bundesheerteststationen werden in den kommenden Wochen nach und nach verringert. Durch die Zulassung von registrierten Wohnzimmertests und die Testbefreiung Geimpfter sei ein deutlicher Rückgang der Nachfrage spürbar, so Landeshauptmann Markus Wallner und Landesrat Christian Gantner am Dienstag in der Pressekonferenz nach der Regierungssitzung. Auch das Notversorgungszentrum in Dornbirn wird abgebaut.

Der für Ende des Monats geplante Abbau des Notversorgungszentrums im Messeareal sei möglich, da die Spitäler konstant nur wenig mit Corona-Patienten ausgelastet seien. "Die aktuelle Entwicklung erlaubt es uns, das System zu entlasten, ohne dadurch Abstriche bei der Sicherheit in der Pandemie-Bekämpfung zu machen. Sollte es nötig sein, können die Kapazitäten sehr rasch wieder hochgefahren werden", sagte Wallner. Das Notversorgungszentrum mit 200 Normalbetten musste zwar - wie im vergangenen Jahr - nie in Betrieb genommen werden, sei aber als Backup wichtig gewesen, so der Landeshauptmann.

Die Teststationen im Land sollen noch bis 29. Mai wie bisher weiter betrieben werden. Dann wird das Angebot schrittweise zurückgefahren, auch über den Sommer wird es aber Landesteststationen in den vier Bezirken sowie den Regionen Kleinwalsertal, Bregenzerwald und Montafon geben. Selbsttests sind weiterhin über die Gemeinden und Apotheken erhältlich.



Aus den Städten und Gemeinden

1. Schulen sollen im Sommer für Sportvereine öffnen

Dazu rufen Bildungsminister Heinz Faßmann, Vizekanzler Werner Kogler sowie Städtebund und Gemeindebund in Schreiben an die Bürgermeister und Bürgermeisterinnen bzw. Direktoren und Direktorinnen auf.

Kinder und Jugendliche hätten in der Coronavirus-Krise besonders darunter zu leiden gehabt, dass der Zugang zu gemeinsamer Bewegung und gemeinsamen Sport in der Schule stark beeinträchtigt gewesen sei. Das soll nun durch zusätzliche Angebote im Sommer kompensiert werden.

Zwar stünden im Juli und August an den Schulen oft Sanierungs- und Grundreinigungsarbeiten von Sportflächen und -infrastruktur am Programm, heißt es in den Briefen. „Vielleicht ergeben sich aber Zeitfenster für die Schulraumüberlassung.“ Besonders geeignet wären Schulen, die einen externen Zugang zu Schulsportflächen besitzen, weil dann das restliche Schulgebäude nicht betreten werden muss, heißt es weiter.

2. Bürgermeister Ludwig sieht konsequentes Testen als Voraussetzung für Öffnungen

Konsequentes Testen und ein breites Testangebot sind für Bürgermeister Michael Ludwig die Voraussetzung für weitere Öffnungsschritte. Das hat der Stadtchef heute, Freitag, nach Gesprächen mit dem Bund und Experten erneut betont. Die Bundesregierung hat für 10. Juni sowie 1. Juli weitere Öffnungsschritte für Gastronomie, Sport und Kultur angekündigt, ebenso sollen Maskenpflicht und Sperrstunde gelockert werden.

„Die Pandemie ist noch nicht vorbei“, warnte Ludwig. Er ortete eine Stimmung wie vor einem Jahr, als die Zahlen im Sommer stark zurückgegangen waren und die Pandemie überwunden schien. Zum Unterschied zu damals würden aber jetzt die Impfungen greifen, so der Wiener Bürgermeister. Und: „Die ältere Bevölkerung ist – nach der Impfung – im Leo, wie man in Wien sagt“, so Ludwig.

Um auch jenen mehr Freiheiten zuzugestehen, die noch keine Impfung erhalten konnten und um sichere Räume für die Gastronomie und deren Personal zu schaffen, setze Wien auch weiterhin auf engmaschiges Testen. Künftig könnten sich MitarbeiterInnen der Gastro bis zu dreimal in der Woche testen; auch von zu Hause aus. Insgesamt sei Testen und das breite Angebot für Tests Grundvoraussetzung für weitere Öffnungen. Leicht zugängliche und zuverlässige Corona-Tests hätten laut Ludwig viele Infektionsketten unterbrochen und Menschen vor einer Infektion bewahrt. Die weiteren Öffnungen, die für 10. Juni sowie 1. Juli geplant seien, würden durch eine laufende Analyse der Zahlen begleitet.

Ludwig orientiere sich beim Thema Öffnungen mehr an den Kapazitäten der Intensiv-Stationen in den Spitälern als an der 7-Tages Inzidenz. Die 3G-Regeln (Geimpft, Genesen und Getestet) müssten eingehalten werden, damit Öffnungsschritte auch nachhaltig seien, ebenso „müsse man vorsichtig bleiben“ so der Bürgermeister.

Abschließend war Ludwig wichtig, auch in seiner Funktion als Präsident des Österreichischen Städtebundes, dass in den kommenden Wochen die Kosten der Krise zwischen Bund, Ländern und Gemeinden gerecht aufgeteilt würden.

3. Arbeiterkammer OÖ fordert weiteres kommunales Investitionspaket

Die Corona-Krise hat vielen Gemeinden ein Dilemma beschert - das belegt eine vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) durchgeführte Bürgermeisterbefragung: Einerseits sind Investitionen in eine moderne, soziale und klimagerechte Infrastruktur dringend nötig. Andererseits haben die Gemeinden dafür kaum finanziellen Spielraum. „Das im Vorjahr beschlossene Rettungspaket der Bundesregierung für die Gemeinden war ein guter erster Schritt - das Geld wurde tatsächlich für neue Projekte hergenommen.“



Aber jetzt müssen weitere Schritte folgen“, sagt AK-Präsident Dr. Johann Kalliauer bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Präsidenten des oberösterreichischen Gemeindebundes, LAbg. Johann Hingsamer, und dem Vorsitzenden des oberösterreichischen Städtebundes, Bürgermeister MMag. Klaus Luger.

Das ISW befragte zwischen Februar und Mitte März 2021 die oberösterreichischen Bürgermeister/-innen über das Investitions- und Beschäftigungspotenzial. Etwa ein Fünftel von ihnen beteiligte sich an der Online-Erhebung. Die zentrale Aussage: Infolge der Corona-Krise beklagen 41 Prozent der Bürgermeister/-innen starke oder sehr starke Auswirkungen auf die finanzielle Situation der Gemeinde, weitere 48 Prozent sehen teilweise starke Auswirkungen. Nur ein Zehntel muss keine oder kaum finanzielle Einbußen verkraften.

Die finanziell prekäre Lage der Kommunen resultiert vor allem aus Rückgängen bei den Steuermitteln durch den Bund, bei der Kommunalsteuer und bei laufenden Einnahmen durch Elternbeiträge, Mieten oder Marktgebühren. Um die Gemeinden in der Krise zu unterstützen, wurde vom Nationalrat im Juni 2020 das Kommunale Investitionsgesetz verabschiedet. Sieben von zehn der befragten Bürgermeister/-innen geben an, diese Unterstützung für Investitionen genutzt zu haben. Gleichzeitig gehen drei Viertel der Bürgermeister/-innen von einem sinkenden Spielraum für Investitionen in den kommenden drei Jahren aus.

Mehr dazu: https://ooe.arbeiterkammer.at/service/presse/Staedte_und_Gemeinden_brauchen_mehr_Geld.html



Europa und International

1. OECD-Prognose: Österreich erholt sich besser als erwartet

Österreichs Wirtschaft wird heuer um 3,4 Prozent und 2022 um 4,2 Prozent wachsen und damit Ende 2022 wieder das Vorkrisenniveau erreichen, prognostiziert die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Damit ist die Prognose deutlich besser als vor sechs Monaten, als die OECD der heimischen Wirtschaft 2021 nur 1,4 Prozent und 2022 nur 2,3 Prozent Wachstum zugetraut hatte.

Dank des anziehenden Welthandels und großzügiger Staatshilfen wird es einen Schub bei den Investitionen geben. Zugleich werden die Haushalte weniger sparen und damit den Konsum anheizen. Dank Impfungen werden die Menschen wieder mobil, was dem Tourismus und der Gastronomie auf die Beine hilft.

Dennoch kommt der Aufschwung in Österreich nur verzögert an. Er wird heuer deutlich unter den Werten im Euro-Raum (4,3 Prozent), in der OECD insgesamt (5,3 Prozent) und auch in den USA (6,9 Prozent) liegen. 2022 könnte das Wachstum in Österreich dann annähernd gleich stark sein wie im Durchschnitt des Euro-Raums (4,4 Prozent), aber über dem OECD-Schnitt (3,8 Prozent) und über dem US-Wachstum (3,6 Prozent) liegen. In China und Indien sind heuer Wachstumsraten von 8,5 bzw. 9,9 Prozent vorhergesagt.

Mehr dazu: <https://orf.at/stories/3215390/>

2. Tschechien öffnet Grenzen für Touristen mit erster Impfung

Tschechien öffnet am Montag seine Grenzen unter anderen für Österreicherinnen und Österreicher, welche die erste CoV-Impfung erhalten haben.

Das teilte der neue tschechische Gesundheitsminister Adam Vojtech heute mit. Bereits einmal geimpfte Personen dürfen ohne Einschränkungen einreisen. Diese Regelung gilt auch für Kroatien, Deutschland, Ungarn, Polen, die Slowakei und Slowenien. Impfnachweise aus diesen sieben Ländern werden in Tschechien anerkannt, so Vojtech.

Die Öffnungen geschehen im Rahmen von Gegenseitigkeitsvereinbarungen. Zudem dürfen ab Montag Restaurants in Tschechien auch innen wieder Gäste empfangen.

Erst Anfang voriger Woche war der Außenbereich der Gastronomie nach monatelangem CoV-Lockdown wieder geöffnet worden. Der Minister kündigte zudem an, dass die weiteren Lockerungen schneller als bisher geplant voranschreiten sollen. Tschechien war zeitweise ein Brennpunkt der Pandemie in Europa.

3. Polen lockert die Beschränkungen weiter

Polen hat die Lockerung weiterer CoV-Beschränkungen angekündigt. Ab Sonntag werde die Zahl der Menschen, die an einer Feier teilnehmen dürfen, von bisher maximal 50 auf 150 erhöht, sagte Gesundheitsminister Adam Niedzielski heute in Warschau. „Trotz gestiegener Mobilität beobachten wir, dass die Zahl der Neuinfektionen und der belegten Krankenhausbetten zurückgeht.“

Auch Konferenzen und Messeveranstaltungen sollen ab 6. Juni wieder möglich sein – unter der Voraussetzung, dass mindestens 15 Quadratmeter Platz pro Teilnehmerin und Teilnehmer vorhanden sind. Vollständig geimpfte Menschen werden bei diesen Limits nicht mitgezählt. Weitere Lockerungen für die Ferienzeit will die Regierung in der kommenden Woche bekanntgeben.

Nach Angaben des Gesundheitsministeriums von heute lag die Zahl der Neuinfektionen binnen eines Tages bei 664, im gleichen Zeitraum starben 128 Menschen im Zusammenhang mit dem Virus. Bisher wurden 20,5 Millionen Impfdosen verabreicht. Gut 7,3 Millionen Menschen sind vollständig geimpft. Polen hat knapp 38 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner.



4. Hasskriminalität in München während Pandemie gestiegen

426 Fälle von Hasskriminalität hat die Münchner Polizei in vergangenen Jahr registriert. Die Münchner Beratungsstelle Before betreute zudem 458 Opfer von rechten Übergriffen und Diskriminierung. Beide Zahlen sind deutlich gestiegen. Etwa jeder dritte Vorfall hatte mit Corona oder verordneten Einschränkungen zu tun. Betroffen von Diskriminierung waren besonders Menschen mit asiatischem Aussehen.

Mehr dazu: <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-rassismus-hasskriminalitaet-corona-1.5236867>

5. Schweizerischer Städteverband - Erfahrungen aus dem Sozialdienst einer Kleinstadt

Die Corona-Pandemie hat auch Auswirkungen auf die Arbeit in der Sozialhilfe. Bis Ende 2020 war nur eine leichte Zunahme an unterstützten Personen feststellbar. Seither steigen die Zahlen kontinuierlich an und dieser Trend wird vermutlich weiter anhalten. Entsprechend wird die Pandemie die kommunalen Sozialdienste noch lange beschäftigen, schreibt der zuständige Gemeinderat aus Lyss, Stefan Bütikofer.

Mehr dazu: <https://staedteverband.ch/680/de/bei-der-sozialhilfe-ist-das-ende-der-krise-nicht-absehbar-ndash-erfahrungen-aus-dem-sozialdienst-einer-kleinstadt?share=1>

